

mehr die Situation in ihrem Industriebereich, weniger die gesamtwirtschaftliche Lage zugrunde legen.

Hans Zwiefelhofer referiert über »Das ›Ontological Commitment‹ in den Erklärungsmodellen der Sozialwissenschaften«. Angesichts der Forderung heutiger Wissenschaftstheorie, die Sozialwissenschaften von Metaphysik und ideologischem Einschlag zu befreien, prüft der Verfasser den Standort namhafter Autoren (Popper, Hempel, Oppenheim, Pap, Kaplan, Nagel u. a.) mit dem Ergebnis, daß auch bei ihnen eine philosophische Position, d. h. ein »ontological commitment« nachweisbar ist. Deutschsprachige Wissenschaftstheoretiker, wie Weisser, Albert, Topitsch, werden nicht analysiert.

Hermann J. Burghaus – »Sozialpolitik in Schweden« – kritisiert landläufige Vorstellungen, wonach primäres Motiv schwedischer Sozialpolitik die Förderung des Bevölkerungswachstums darstelle. Der Fächer der tatsächlichen Motive umfasse vielmehr eine qualitative Bevölkerungspolitik im Sinne der Verbesserung des sozialen und kulturellen Niveaus der Bevölkerung ebenso wie das Streben nach sozialer Gerechtigkeit bei sozialer Nivellierung, humanitärer Einstellung zum Mitmenschen und schließlich nach Erhaltung der Majorität der in der Regierung führenden Partei. Burghaus registriert kollektivierende Tendenzen im schwedischen System sozialer Sicherung, die zum Verlust von Individualität und Eigeninitiative führen.

Ein umfangreicher Literaturbericht von Hans Dieter Schoen zu »Vermögenspolitik und Kapitalbildung« sowie Rezensionen zu Veröffentlichungen über »Theoretische Probleme der Sozialpolitik« (Paul Becher) und »Deutsche Verfassungsgeschichte« (Hans Gangl) geben wertvolle Hinweise. Eine kritische Auseinandersetzung von Bernhard Vogel mit Karl Jaspers' »Wohin treibt die Bundesrepublik?« unter dem Titel »Unbehagen an der Bundesrepublik« führt in politikwissenschaftliche Aspekte der Kontroverse ein – in begrüßenswertem Kontrapunkt zu einem repräsentativen Teil allzu vordergründiger Jasperskritik.

Albrecht Langner

*Ritsch, Frederick F.: The French Left and the European Idea, 1947 bis 1949, Pageant Press, New York, Inc., New York City., 277 S., \$ 5.00.*

Das Interesse an den europäischen Parteien, ihren Strukturen und geschichtlichen Entwicklungen, nimmt unter amerikanischen Historikern und Politikwissenschaftlern laufend zu. In der vorliegenden Studie untersucht der Verfasser die Haltung der *französischen Linken* zum Europagedanken und zur europäischen Integration in den ereignisreichen Jahren 1947–1949. Das Frank-

reich der Vierten Republik mußte sich den weltpolitischen Konstellationen der Nachkriegsjahre anpassen und eine klare Entscheidung treffen, ob es sich in ein von den USA unterstütztes Westeuropa oder in ein neutrales Europa ohne amerikanischen oder sowjetischen Einfluß eingliedern sollte. Die Haltung der *französischen Linken* spielte bei dieser Entscheidung eine wesentliche Rolle für die politische Zukunft Frankreichs und eines integrierten Europas.

Ritsch charakterisiert die *französische Linke* unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg als eine im Zustand des permanenten Schismas befindliche politische Gruppierung und gliedert sie in folgende drei Kategorien auf: die Kommunistische Partei Frankreichs (P.C.F.), die »non-Communist Left« und die Sozialistische Partei Frankreichs (S.F.I.O.). Der Verfasser analysiert die Einstellung jeder dieser genannten Linksparteien oder -gruppen hinsichtlich der europäischen Einheitsidee und Integration im allgemeinen, auf die Truman-Doktrin, den Marshall-Plan, die atlantische Gemeinschaft insbesondere.

Die abweichende Haltung der französischen Kommunisten gegenüber einem von den Vereinigten Staaten geförderten und gestützten Westeuropa, ihre negative Einstellung gegenüber dem Marshall-Plan und die daraus hervorgehende westeuropäische Integration weist auf eine enge Anlehnung der Kommunistischen Partei Frankreichs an die KPdSU. Der Versuch der Kommunisten, die Wählermassen durch einen ultranationalen Kurs Frankreichs zu gewinnen, der gegen den »amerikanischen Imperialismus« und gegen die dominierende Rolle der Vereinigten Staaten in Westeuropa gerichtet war, mußte an der Verschärfung des kalten Krieges, der durch die Sowjets hervorgerufen worden war, scheitern. Der Verfasser hebt hervor, daß die absolute Abhängigkeit der kommunistischen Partei von Moskau und die aggressiven und imperialistischen Aktionen der Sowjetunion in den Nachkriegsjahren die Partei immer mehr den Wählermassen entfremdete, die noch im Jahre 1946 die größte Anzahl der Abgeordneten in das französische Parlament entsandte. Die Mehrheit der französischen Bevölkerung lehnte im Jahre 1949 die Opposition der Kommunisten gegen die westeuropäische Integration und eine prosowjetische Anlehnung Frankreichs ab. Auf Grund ihrer starren und von der KPdSU oktroyierten doktrinären Haltung wurde die Kommunistische Partei Frankreichs im Jahre 1949 vollkommen in eine frustrierende politische Isolation gezwungen.

Aufschlußreich sind besonders die Kapitel des Buches über die »Nicht-Kommunistische Linke« oder die nichtkommunistischen Intellektuellen, wie sie der Verfasser auch bezeichnet, die einen Mittelweg zwischen dem französischen Kommunismus und den französischen Sozialisten suchten. Diese »Nicht-Kommunistische Linke«, die sich spontan nach dem Krieg formierte und sich in zahlreiche Splittergruppen aufgliederte, war stark vom Marxismus und der kommunistischen Doktrin beeinflusst. Sie wandte sich gegen die Abhängigkeit der französischen Kommunisten von der KPdSU, verdamnte allerdings ebenso das Paktieren der sozialistischen Partei mit den bürgerlichen Parteien Frankreichs.

Der Verfasser untersucht verschiedene linksintellektuelle Gruppen, die in Hinblick auf die westeuropäische Integration die verschiedensten außenpolitischen Konzeptionen entwickelten. Ritsch geht z. B. auf die »Rassemblement Démocratique Révolutionnaire« ein, die von Jean Paul Sartre im Jahre 1948 zusammen mit David Rousset und Gerard Rosenthal gegründet wurde. Der Verfasser betont, daß dieser Splittergruppe jegliche politische Erfahrung fehlte, um eine sozialistische Massenpartei zu schaffen, die unabhängig zwischen den Kommunisten und Sozialisten Politik betreiben konnte. Sartre forderte ein Vereintes Europa, das sich von einem Antisowjetismus frei machen und nach Bedarf mit der UdSSR koexistieren sollte. Während Sartre und die R.D.R. in abstrakten Ideen verhaftet blieben, versuchte Emmanuel Mounier, ein katholischer Linksintellektueller, in der Zeitschrift »Esprit« seiner Gefolgschaft die Notwendigkeit des Marshall-Plans für den Wiederaufbau Europas schmackhaft zu machen. Allerdings sollte nach Mounier der wirtschaftliche Teil des Marshall-Plans streng vom politischen getrennt werden, um die Unabhängigkeit Frankreichs und Westeuropas von den Vereinigten Staaten zu wahren. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, daß die »Nicht-Kommunistische Linke« auf Grund ihrer Gespaltenheit und ihrer Heterogenität, ihrer ablehnenden Haltung gegenüber Kommunisten und Sozialisten, nicht in der Lage war, eine unabhängige »wahre Linke« mit der – wenn auch unrealen – Konzeption eines neutralistischen und sozialistischen Westeuropas zu schaffen und eine große Anhängerschaft zu gewinnen. Die politische Entfremdung der Linksintellektuellen nahm seit 1948 im starken Maß zu und konnte im Laufe der Vierten Republik nicht mehr überwunden werden.

In der S.F.I.O. spiegelt sich – im Gegensatz zu der von der zentralistisch von oben gesteuerten und uniformen kommunistischen Parteidoktrin – die Divergenz der Meinungen und politischen Ideen wider. Während der Generalsekretär der französischen Sozialisten, Guy Mollet, die europäische Vereinigung mit Vorbehalten akzeptierte – für ihn kam ein geeintes Europa nur auf der Basis eines europäischen Sozialismus, frei vom amerikanischen Einfluß, in Frage –, plädierte der Sozialistenführer León Blum für eine Zusammenarbeit auch mit nichtsozialistischen Elementen, um ein integriertes Europa herbeizuführen. Blums Fraktion gewann in der S.F.I.O. nach Jahren des bitteren Kampfes um eine klare Europapolitik die Oberhand in der Partei. Seit 1949 traten dann die Sozialisten geschlossen mit den bürgerlichen Parteien für eine westeuropäische Integration unter amerikanischer wirtschaftlicher Hilfe und Führung ein. Ritsch hebt bei der Betrachtung der S.F.I.O. hervor, wie schwierig es war, in den Nachkriegsjahren eine klare außenpolitische Linie zu erreichen, die immer wieder durch die Fraktionen innerhalb der sozialistischen Partei und durch die heftigen Attacken der Kommunisten und unabhängigen Linksintellektuellen gestört wurde. 1949 hatten die Sozialisten endgültig die Konzeption eines europäischen Neutralismus verworfen und versteiften sich nicht mehr wie

die »Nicht-Kommunistische Linke« auf ein sozialistisches Europa, das als dritte Kraft zwischen den beiden Großmächten oszillieren sollte. An Stelle des »Immobilismus« der früheren Jahre trat eine aktive Europapolitik, die eine beschleunigte Integrierung Europas vorsah. Der Verfasser betont am Ende seiner Untersuchung, daß die französischen Sozialisten die Vereinigten Staaten im Jahre 1949 als eine notwendige Basis zur Schaffung eines geeinten Westeuropas und eines westeuropäischen Sozialismus für erforderlich hielten. Konsequenterweise akzeptierten die französischen Sozialisten die atlantische Solidarität, in der Europa zu einer wirtschaftlichen und politischen Einheit zusammengeschlossen werden sollte.

Ritschs Studie wird durch die ausgewogene Darstellung der einzelnen französischen Linksgruppen und deren Haltung zum Europagedanken sowie durch die Klarheit in Aufbau und Stil vor allem den europäischen Leser faszinieren. In einer weiteren Untersuchung, die in den nächsten Jahren veröffentlicht werden soll, wird sich der Verfasser in extenso mit den politischen Schriften Mouniers, Sartres und Camus auseinandersetzen und deren politische Ideen analysieren.

Wolfgang Schlauch

*Jürgen Jensen: Presse und politische Polizei. Hamburgs Zeitungen unter dem Sozialistengesetz 1878–1890. Hannover: Verlag J. H. W. Dietz-Nachf. GmbH 1966, 193 S. u. 4 S. Abb.*

Die Presse der Sozialdemokratie scheint ein unerschöpflicher, immer zu neuer Darstellung reizender Forschungsgegenstand zu sein. Das liegt vor allem an der Vielfalt demokratischer Aktivität, die sich in ihr ausprägte, aber auch an der besonderen Funktion der Presse innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung. Die bisherigen Publikationen, soweit sie wissenschaftlichen Charakter haben, lassen sich in zwei Gruppen gliedern. Die einen behandeln die Presse selbst, die anderen ziehen sie als historisches Quellenmaterial heran. Dieser Quellencharakter ist aus der eigenartigen Form der Parteipresse zu verstehen, wie sie sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland herausbildete.

Die Ära des Sozialistengesetzes gilt als Zäsur in der Geschichte der sozialdemokratischen Theorie und Praxis. Der Kampf mit dem Unterdrückungssystem radikalisierte die Partei und verzögerte den Revisionismusprozeß, den Eduard Bernstein in den neunziger Jahren formulierte. Anders als nach dem Kulturkampf gegen die katholische Kirche – Bismarck erhielt 1885 den höchsten päpstlichen Orden – gab es keine Versöhnung der ehemaligen Gegner. Die Sozialdemokratie strebte damals eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse an als Voraussetzung zur Verwirklichung ihrer Ziele. Im Kampf um diese Ziele und um die Wähler spielte die Presse eine entscheidende Rolle, zumal es andere Massenkommunikationsmittel vor dem ersten Weltkrieg nicht gab.